

Schutzgebiet soll Schifffahrt nicht gefährden NW2 2010/10

INFORMATIONSBESUCH EU-Abgeordneter Mayer im Gespräch mit der maritimen Wirtschaft

Das geplante Naturschutzgebiet Küstenmeer beunruhigt seit Monaten die Hafenwirtschaft. Über deren Anliegen informierten sich jetzt Politiker vor Ort – und geben Entwarnung.

VON MICHAEL HALAMA

WILHELMSHAVEN – Die Europäische Union (EU) als „großer Buhmann“, der nationale und lokale Interessen ignoriert? Dass eine Zusammenarbeit und Abstimmung vor Ort möglich ist, hat gestern Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer bei seinem Besuch bei der Nord-West Oelleitung GmbH (NWO) gezeigt. Das Mitglied des Europaparlaments (MdEP) war auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Kammer und des Landtagsabgeordneten Dr. Uwe Biester zu einem Informationsbesuch nach Wilhelmshaven gekommen.

Die Ausweisung neuer Vogelschutzgebiete vor der Küste bedroht nach Ansicht der maritimen Wirtschaft ihre

Entwicklung – und gefährdet damit Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit NWO-Chef Rudolf Schulze sowie den Arbeitnehmervertretern Michael Beck (NWO) und Hartmut Kittel (Bezirksleiter Industriegewerkschaft Bau, Chemie, Energie; IG BCE) stand deshalb vor allem ein Wunsch: „Wir wollen unser Geschäft, wie wir es heute betreiben, auch in Zukunft betreiben“, so Schulze. Nach dem Gespräch mit dem EU-Politiker zeigte er sich optimistisch: „Das sehe ich jetzt gewährleistet.“

Prof. Dr. Dr. Mayer hatte zuvor klargestellt, dass bereits wirtschaftlich genutzte Gebiete im Naturschutzgebiet Küstenmeer von der „Beachtung der Verbote“ freigestellt werden können. Im Klartext: Schifffahrtsstraßen, Schiffsreedereien und Klappstellen für Baggertgut könnten auch nach Einrichtung des Vogelschutzgebietes wie bisher genutzt werden. Damit wäre die Grundforderung der maritimen Wirtschaft erfüllt.

„Die seit 1990 existierende EU-Richtlinie gibt vor, dass die Mitgliedsstaaten fünf Pro-



Trafen sich zum Gedankenaustausch (von links): Michael Beck (NWO-Betriebsratsvorsitzender), Uwe Biester (MdL), Hans-Werner

zent ihrer Fläche als Naturschutzgebiete ausweisen“, erklärte der Politiker. Die Umsetzung auf nationaler Ebene habe der Bund seinen Ländern überlassen. Doch sämtliche Meldefristen wurden nicht eingehalten: „Wie anderen Staaten auch drohen Deutschland nun Klagen der EU. Deshalb bemüht sich Niedersachsen seit einiger Zeit, noch Flächen für Schutzge-

Kammer (MdB), Hartmut Kittel (Bezirksvorsitzender IG BCE), Hans-Peter Mayer (MdEP) und Rudolf Schulze (NWO-Geschäftsführer).

biete zu melden.“ Die zuständige EU-Kommission soll dann eine Auswahl treffen, bevor die Gebiete unter Schutz gestellt werden. Dabei seien die deutschen Naturschutzgesetze deutlich schärfer als die der EU, unterstrich Prof. Dr. Dr. Mayer. Das Wettern gegen die EU sei in diesen Fragen also unbegründet. „Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben!“

Die Arbeitnehmervertreter Beck und Kittel zeigten sich zufrieden mit dem Gedankenaustausch: „So entwickelt man Verständnis für die Position der EU – und die EU Verständnis für die Belange der Menschen vor Ort.“

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK) hatte Anfang des Jahres mit seiner Planung zur Ausweisung des Naturschutzgebietes quasi „vor der Haustür“ bei der maritimen Wirtschaft in der Region für erhebliche Aufregung gesorgt (die WZ berichtete). Liegen doch Schifffahrtsstraßen, Reeden und Verklappungsstellen mitten in diesem möglichen Schutzgebiet. Die Wirtschaft sah ihre Interessen nachhaltig gefährdet. Als Vertreter macht sich die Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V. (WHV) seit Monaten für die Berücksichtigung ökonomischer Belange bei der Planung ökologischer Schutzgebiete stark. Die Bemühungen der WHV zeigen nun offensichtlich erste Erfolge, wie der Besuch des EU-Politikers bei der NWO zeigt.

Geplantes Naturschutzgebiet löst Unmut aus

Jeweiliges Wochenblatt 20/07/07

CDU-Europaabgeordneter Mayer bei NWO / Geschäftsführung, Belegschaft und IGBCE fordern Konsens

WILHELMSHAVEN – Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer informierte sich gestern Vormittag bei der Nord-West Oelleitung GmbH (NWO) über anstehende Probleme der Hafenwirtschaft. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausweisung neuer Naturschutzgebiete in der niedersächsischen 12-Seemeilen-Zone wurde intensiv über die Sorgen und Bedenken der maritimen Wirtschaft diskutiert.

mierte sich gestern Vormittag bei der Nord-West Oelleitung GmbH (NWO) über anstehende Probleme der Hafenwirtschaft. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausweisung neuer Naturschutzgebiete in der niedersächsischen 12-Seemeilen-Zone wurde intensiv über die Sorgen und Bedenken der maritimen Wirtschaft diskutiert.

hende Probleme der Hafenwirtschaft. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausweisung neuer Naturschutzgebiete in der niedersächsischen 12-Seemeilen-Zone wurde intensiv über die Sorgen und Bedenken der maritimen Wirtschaft diskutiert.

weisung neuer Naturschutzgebiete in der niedersächsischen 12-Seemeilen-Zone wurde intensiv über die Sorgen und Bedenken der maritimen Wirtschaft diskutiert.

Einig zeigten sich gestern NWO-Geschäftsführer Rudolf Schulze und Betriebsratsvorsitzender Michael Beck sowie der Bezirksleiter der Gewerkschaft IGBCE, Hartmut Kittel, in ihrem Unverständnis angesichts des geplanten Naturschutzgebietes Küstenmeer. Die maritime Wirtschaft und die Arbeitnehmervertreter sehen durch diese künftigen Naturschutzgebiete den ökonomischen Lebensnerv an der Jade gefährdet. „Wir wollen das Geschäft, das wir heute betreiben, morgen auch noch betreiben und zwar ohne zusätzliche Einschränkungen“, machte Rudolf Schulze deutlich.

„Die Europäische Union liefert die Rahmenrichtlinien“, so Mayer. „Was der Bund

und das Land davon machen ist die andere Sache“, fügte der Abgeordnete hinzu.

Hier gibt es teilweise erheblichen Spielraum. Dem von der maritimen Wirtschaft und den Arbeitnehmern eingeforderten Konsens steht demnach nichts im Wege. Im Vorfeld könnten und sollten nach Meinung der Betroffenen Flächen vom Land Niedersachsen von der Beachtung von Verboten freigestellt werden, weil sie dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen. So hat es kürzlich auch die Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung von den Verantwortlichen eingefordert.

Will die maritime Wirtschaft Probleme für den eigenen Handlungsraum vermeiden, muss sie bei der Landesregierung darauf hinwirken, dass dies in einem zweiten Verordnungsentwurf zum geplanten Naturschutzgebiet Küstenmeer auch berücksichtigt wird.



Ölhafen als Gesprächskulisse: (von links) NWO-Betriebsratsvorsitzender Michael Beck, IGBCE Bezirksleiter Hartmut Kittel, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer, NWO-Geschäftsführer Rudolf Schulze, MdB Hans-Werner Kammer, MdL Dr. Uwe Biester.

FOTO: KLAUS SCHREIBER

WILHELMSHAVENER ZEITUNG

Schutzgebiet soll Schifffahrt nicht gefährden

INFORMATIONSBESUCH EU-Abgeordneter Prof. Dr. Dr. Mayer im Gespräch mit der maritimen Wirtschaft

Das geplante Naturschutzgebiet Küstenmeer beunruhigt seit Monaten die Hafenwirtschaft. Über deren Anliegen informierten sich jetzt Politiker vor Ort – und geben Entwarnung.

VON MICHAEL HALAMA

WILHELMSHAVEN – Die Europäische Union (EU) als „großer Buhmann“, der nationale und lokale Interessen ignoriert? Dass eine Zusammenarbeit und Abstimmung vor Ort möglich ist, hat gestern Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer bei seinem Besuch bei der Nord-West Oelleitung GmbH (NWO) gezeigt. Das Mitglied des Europaparlaments (MdEP) war auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Kammer und des Landtagsabgeordneten Dr. Uwe Biester zu einem Informationsbesuch nach Wilhelmshaven gekommen.

Die Ausweisung neuer Vogelschutzgebiete vor der Küste bedroht nach Ansicht der maritimen Wirtschaft ihre Entwicklung – und gefährdet damit Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit NWO-Chef Rudolf Schulze sowie den Arbeitnehmervertretern Michael Beck (NWO) und Hartmut Kittel (Bezirksleiter Industriegewerk-



Trafen sich zum Gedankenaustausch (von links): Michael Beck (NWO-Betriebsratsvorsitzender), Dr. Uwe

Biester (MdL), Hans-Werner Kammer (MdB), Hartmut Kittel (Bezirksvorsitzender IG BCE), Prof. Dr. Dr.

schaft Bau, Chemie, Energie; IG BCE) stand deshalb vor allem ein Wunsch: „Wir wollen unser Geschäft, wie wir es heute betreiben, auch in Zukunft betreiben“, so Schulze. Nach dem Gespräch mit dem EU-Politiker zeigte er sich optimistisch: „Das sehe ich jetzt gewährleistet.“

Prof. Dr. Dr. Mayer hatte zuvor klargestellt, dass bereits wirtschaftlich genutzte Gebiete im Naturschutzgebiet Küstenmeer von der „Be-

achtung der Verbote“ freigestellt werden können. Im Klartext: Schifffahrtsstraßen, Schiffsreederei und Klappstellen für Baggeregut könnten auch nach Einrichtung des Vogelschutzgebietes wie bisher genutzt werden. Damit wäre die Grundforderung der maritimen Wirtschaft erfüllt.

„Die seit 1990 existierende EU-Richtlinie gibt vor, dass die Mitgliedsstaaten fünf Prozent ihrer Fläche als Naturschutzgebiete ausweisen“, er-

klärte der Politiker. Die Umsetzung auf nationaler Ebene habe der Bund seinen Ländern überlassen. Doch sämtliche Meldefristen wurden nicht eingehalten: „Wie anderen Staaten auch drohen Deutschland nun Klagen der EU. Deshalb bemüht sich Niedersachsen seit einiger Zeit, noch Flächen für Schutzgebiete zu melden.“ Die zuständige EU-Kommission soll dann eine Auswahl treffen, bevor die Gebiete unter Schutz

gestellt werden. Dabei seien die deutschen Naturschutzgesetze deutlich schärfer als die der EU, unterstrich Prof. Dr. Dr. Mayer. Das Wettern gegen die EU sei in diesen Fragen also unbegründet. „Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben!“

Die Arbeitnehmervertreter Beck und Kittel zeigten sich zufrieden mit dem Gedankenaustausch: „So entwickelt man Verständnis für die Position der EU – und die EU Verständnis für die Belange der Menschen vor Ort.“

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK) hatte Anfang des Jahres mit seiner Planung zur Ausweisung des Naturschutzgebietes quasi „vor der Haustür“ bei der maritimen Wirtschaft in der Region für erhebliche Aufregung gesorgt (die WZ berichtete). Liegen doch Schifffahrtsstraßen, Reeden und Verklappungsstellen mitten in diesem möglichen Schutzgebiet. Die Wirtschaft sah ihre Interessen nachhaltig gefährdet. Als Vertreter macht sich die Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V. (WHV) seit Monaten für die Berücksichtigung ökonomischer Belange bei der Planung ökologischer Schutzgebiete stark. Die Bemühungen der WHV zeigen nun offensichtlich erste Erfolge, wie der Besuch des EU-Politikers bei der NWO zeigt.

WZ-FOTO: KNOTHE